



Hans-Peter Ullmann

Die Universität zu Köln im Nationalsozialismus.
Wege einer städtischen Hochschulgründung
zwischen später Weimarer Republik und früher
Bundesrepublik

Wallstein Verlag | Göttingen 2024
508 Seiten, gebunden | 34,00 €
ISBN 978-3-8353-5767-9

rezensiert von

Mitchell G. Ash, Universität Wien

Wie so oft gibt erst der Untertitel des vorliegenden Buches dessen wahren Inhalt an. Hans-Peter Ullmann hat die erste umfassende Politik- und Sozialgeschichte der Kölner Universität von den 1920er- bis in die 1950er-Jahre vorgelegt; die Behandlung der NS-Zeit nimmt nur etwas mehr als die Hälfte des Bandes ein. Der Vorteil dieser längerfristigen Betrachtung ist, dass sie strukturelle und personelle Kontinuitäten und Diskontinuitäten deutlicher werden lässt. Ullmann stützt sich auf eine umfangreiche Quellenrecherche in den Personalakten des Universitätsarchivs, den Unterlagen des früheren Berlin Document Center im Bundesarchiv in Berlin, den Beständen des Geheimen Staatsarchivs Preussischer Kulturbesitz und den Entnazifizierungsakten im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen. Die umfangreiche Literatur zur Geschichte der Kölner Universität und der deutschen Universitäten im Nationalsozialismus insgesamt wird in der Einleitung gewürdigt und im Band extensiv einbezogen.

Im ersten Teil des Bandes hebt Ullmann zu Recht die Gründung der Universität zu Köln 1919 als städtische Einrichtung hervor. Vergleiche mit den anderen städtischen Neugründungen jener Zeit, in Frankfurt am Main 1914 und in Hamburg ebenfalls 1919, werden vorgenommen. Die Konkurrenz zwischen dem Bürgermeister Konrad Adenauer und dem Kuratoriumsvorsitzenden Christian Eckert, die beide Einfluss auf Professorenberufungen nahmen, behandelt Ullmann im Detail. In dieser Machtkonstellation, die auch Einflussnahmen der politischen Parteien einschloss, blieb der jeweilige Rektor eher schwach. Die Professoren wurden zwar als preussische Beamten geführt, aber ihre Gehälter und der Etat der Universität wurden von der Stadt (unter)finanziert. Politisch betrachtet stellt Ullmann ein Spektrum dar, das vom katholisch-konservativen Historiker Martin Spahn (DNVP) über den rechtsliberalen Versicherungswissenschaftler Paul Moldenhauer (DDP) bis hin zum Wirtschaftshistoriker Bruno Kuske (SPD) reicht. Infolge der Weltwirtschaftskrise kam es in Köln wie andernorts Anfang der 1930er-Jahre zu einem starken Anstieg der Studierendenzahlen («Überfüllungskrise» genannt) und zur politischen Radikalisierung vieler Studierenden und Teile

der Lehrenden, für die die Machtübernahme der Nationalsozialisten eine Art Rettung zu sein schien.

Im zentralen Teil des Bandes, der die NS-Zeit behandelt, arbeitet Ullmann zunächst das frühe Bekenntnis der Universitätsleitung zum neuen Regime im April 1933, die er eine »identifizierende Selbstgleichschaltung« nennt (S. 109), und die Entfernung von circa 20 Prozent der Lehrenden infolge des Berufsbeamtengesetzes heraus. Daran anschließend zeichnet er vielschichtig den Prozess der »Nazifizierung« nach, in dem die Versuche der Rektoren, die »Führeruniversität« durchzusetzen, immer wieder vom Gauleiter Josef Grohé durchkreuzt wurden, während der NS-Dozentenbund und die beiden miteinander konkurrierenden NS-Studentenorganisationen mit weniger Erfolg mitzumischen versuchten. Durch seine sehr detaillierten Ausführungen über die Rollen einzelner Professoren, gruppiert nach Fakultät, macht Ullmann eine große Spannweite des politischen Verhaltens sichtbar, die von »Selbstmobilisierungen« mehrerer Historiker, Juristen und Volkskundler sowie der Mediziner, die der Politik der »Auslese« zuarbeiteten, über distanzierenden Haltungen (mit Konzessionen) bis etwa zum »Abtauchen« des Altertumsforschers Josef Kroll (S. 230) reichte. Wegen dieser Vielfalt kommt Ullmann zu keinem abschließenden Urteil über das Verhalten der Professoren als Gruppe. Die von Michael Grüttner herausgearbeitete Einteilung der NS-Hochschulpolitik in vier Phasen nützt Ullmann zur Strukturierung der Institutionsgeschichte, sie spielt in den biografischen Ausführungen jedoch keine Rolle.

Neu ist die Schilderung der mehrfachen Vorstöße des Reichserziehungsministeriums zu einer Schließung der als katholisch misstrauten Universität. Sie konnten abgewendet werden, aber die Zerstörungen des Bombenkrieges führten im Frühjahr 1945 trotz Teilauslagerungen nach Marburg zum selben Ergebnis. Interessanterweise bringt Ullmann ausführliche Schilderungen der verheerenden Folgen des Bombenkriegs nicht, wie zu erwarten wäre, am Schluss des Abschnitts »Studieren und Forschen im Krieg«. Dort bespricht er stattdessen die im Kriege intensivierten interdisziplinären Forschungen der Gemeinschaft für Raumforschung, der Westdeutschen Forschungsgemeinschaft und anderer Einrichtungen, in denen viele Professoren »dem Führer zuarbeiteten«, auch ohne Mitglieder der NSDAP zu sein. Die begehrte Einstufung solcher Projekte als »kriegswichtig« und die damit verbundene »UK«-Stellung der Forschenden wurde relativ streng gehandhabt, doch war es offenbar möglich, Einberufungen zu umgehen.

Im dritten Teil des Bandes bespricht Ullmann die Entwicklungen der frühen Nachkriegszeit. Er beschreibt mit bemerkenswerter Klarheit die Komplexität der Entnazifizierungspolitik im Spannungsfeld zwischen dem bis 1948 zuständigen britischen Hochschuloffizier Henry Beckoff und der kleinen Gruppe nominell unbelasteter Professoren um den Rektor Josef Kroll (1945-1949) einerseits, sowie nach dem Übergang der Kulturhoheit auf die Länder 1947 zwischen Kroll, den ihm zum Teil widerstrebenden Fakultäten und Kollegengruppen und der nordrhein-westfälischen Kultusministerin Christine Teusch (CDU) andererseits. Skandalfälle wie der um den ehemaligen Rektor und SS-Mitglied Otto Kuhn wurden auch in den Medien abgehandelt. Wie andernorts konnte die anfangs strenge Entlassungspolitik nicht durchgehalten werden. Der Druck zum raschen Wiederaufbau, verbunden mit einer »Überbürokratisierung des Verfahrens« der Entnazifizierung (S. 358) und der neuen politischen Lage im frühen Kalten Krieg, bot ein breites Wirkungsfeld für kollegiale Netzwerke, das ungenierte Mobilisierungen politischer Instanzen einschloss. Das Ergebnis war ernüchternd: von den 65 Ordinarien im Jahr 1945 (von denen ohnehin lediglich 35 NSDAP-Mitglieder waren) wurden nur 13 entlassen und vier davon später wiedeingesetzt. Die recht baldige Restauration der internen Herrschaft der Ordinarien begünstigte in Köln wie andernorts eine gezielte Legendenbildung über die angeblich »auffallend wenig parteimäßige« Haltung der Universität (so Kuske schon 1946, zit. S. 353), die zwei Generationen lang hielt.

Wie Ullmann festhält, gab es durchaus einzelne Versuche, von den Nazis vertriebene Professoren nach Köln zu holen, doch die Abwehr der Fakultäten dagegen verband sich mit der begründeten Skepsis der Vertriebenen selbst wegen der Dominanz der Kollegen aus der NS-

Zeit und der völlig unzureichenden Arbeitsbedingungen. Trotzdem wagten es einige wenige Remigranten, wie der Soziologe Rene König oder der Germanist Richard Alewyn, sich gegen den Korpsgeist zu stemmen. König etablierte in Köln eine international beachtete empirische Sozialforschung. Die Bemühungen Krolls um die Durchsetzung des sogenannten »christlichen Abendlands« als Berufungsschwerpunkt ging mit der politischen Haltung der Christdemokraten in Nordrhein-Westfalen konform. Die langsame Überwindung der Mangelwirtschaft und der desolaten Infrastruktur der frühen Nachkriegszeit belegen die vom Rektor Theodor Wessels (1951-1954) vorangetriebenen Neubauten insbesondere der naturwissenschaftlichen und medizinischen Institute (eines davon als Belohnung an den Chemiker Kurt Alder für den Erhalt des Nobelpreises 1950) sowie die wachsenden Studierendenzahlen in den 1950er-Jahren. Diese Trends waren treibende Kräfte hinter der Aufteilung der Philosophischen Fakultät in Geistes- und Naturwissenschaftliche Fakultäten, die nach einer vierjährigen Debatte 1955 vollzogen wurde. Im Jahr zuvor kam es nach jahrelangen, zähen Verhandlungen zur Übernahme der Finanzierung der Universität durch das Land Nordrhein-Westfalen. Fortan hatte die Stadt lediglich ein Mitspracherecht in universitären Angelegenheiten.

Sozialhistorisch beachtlich sind die Angaben zur Herkunft der Professoren und Studierenden. Gemessen am Beruf des Vaters kamen sie in der Weimarer wie in der NS-Zeit nicht aus dem Bildungsbürgertum, sondern überwiegend aus den Mittelschichten. Im Wintersemester 1946/47 kamen jedoch laut einer Umfrage 32 % der Studierenden aus der (leider nicht näher definierten) »Oberschicht«, 58 % aus den Mittelschichten und lediglich neun Prozent aus der »Unterschicht« (S. 383). Die starke Präferenz der Kölner Studierenden für praktische Fächer blieb, ähnlich wie in Hamburg, über die Jahrzehnte hinweg bestehen. Hier wie dort erwies sich vor allem die Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften als Trägerin der sozialen Mobilität.¹ Doch »bei alledem blieb Köln eine rheinisch-westfälische Provinzuniversität« (S. 422). Auch Vorbehalte gegen weibliche Studierende hielten sich im katholischen Milieu zäh.

Ein Vorzug dieser umfangreichen Darstellung und Analyse ist es, dass Ullmann die Beziehungen von Universität und Politik als Ergebnis von Verhandlungen beschreibt und im gleichen Zuge konventionelle Darstellungen von Politik als bloß störende Größe von außen widerlegt, indem er politische Machtverhältnisse auch innerhalb der universitären Institutionen lokalisiert. Damit leistet er einen wertvollen Beitrag zu einer Wende in der neuesten Hochschulgeschichtsschreibung von der Beschwörung eines fiktiven Ideals hin zu einer realitätsbezogenen Geschichte der Universitäten.

Zitierempfehlung

Mitchell G. Ash, Rezension zu: Hans-Peter Ullmann, Die Universität zu Köln im Nationalsozialismus. Wege einer städtischen Hochschulgründung zwischen später Weimarer Republik und früher Bundesrepublik, Wallstein Verlag, Göttingen 2024, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82057.pdf>> [26.2.2025].

¹ Vgl. *Holger Fischer*, *Semper reformanda. Studium, Lehre und Studienreform an der Hamburger Universität 1919 bis 2020*, Göttingen 2023.